

lerorts reale Macht ausübten. Am 9. 11. kam es auf Initiative der Spartakusgruppe und der revolutionären Obleute der Berliner Betriebe zum Generalstreik und zum bewaffneten Aufstand in Berlin. Die N. erzwang im ersten Anlauf den Sturz der Hohenzollern-Monarchie, der Fürsten in den einzelnen deutschen Staaten und der kaiserlichen Regierung sowie demokratische Rechte und Freiheiten für die Volksmassen. Der am 9. 11. als provisorische Regierung gebildete Rat der Volksbeauftragten (F. Ebert, O. Landsberg, Ph. Scheidemann [SPD]; E. Barth, W. Dittmann, H. Haase [USPD]) veröffentlichte am 12. 11. sein bürgerlich-reformistisches Regierungsprogramm, das die Bestrebungen der revolutionären Massen in bürgerlich-parlamentarische Bahnen lenken und die Entmachtung von Imperialismus und Militarismus verhindern sollte. Zur Niederschlagung der Revolution schloß Ebert am 10. 11. mit der Obersten Heeresleitung ein Geheimabkommen. Der kaiserliche Regierungs- und Verwaltungsapparat wurde nicht beseitigt. Das am 15. 11. zwischen rechten Gewerkschaftsführern (C. Legien u. a.) und Repräsentanten der Monopolbourgeoisie (H. Stinnes u. a.) abgeschlossene Arbeitsgemeinschaftsabkommen vervollständigte den Verrat der opportunistischen Partei- und Gewerkschaftsführer an der Revolution. Der am 11. 11. in Berlin gegründete Spartakusbund war bestrebt, die Massen unter der Losung „Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten!“ für die Weiterführung der Revolution mit dem Ziel der Errichtung der sozialistischen Republik zu gewinnen. Das entsprach den Bestrebungen der Mehrheit der Arbeiterklasse, die

den Sozialismus wollte, aber infolge der jahrelangen opportunistischen Beeinflussung zumeist den rechten Führern der Sozialdemokratie folgte, deren Demagogie Glauben schenkte und noch nicht verstand, daß die Entmachtung des Imperialismus Voraussetzung für den gesellschaftlichen Fortschritt ist. Die Regierung Sowjetrußlands begrüßte die N. Auf Anweisung W. I. Lenins sollte die deutsche Revolution durch Getreidelieferungen unterstützt werden; der Rat der Volksbeauftragten lehnte dieses Angebot jedoch ab und setzte statt dessen den Kampf gegen die Sowjetmacht mit sog. Grenzschutzformationen und Freikorps fort. Der vom 16. bis 21. 12. in Berlin tagende 1. Allgemeine Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands bildete einen Wendepunkt der N.; er widerspiegelte das zugunsten der Konterrevolution veränderte Kräfteverhältnis. Die Mehrheit der Delegierten, in kleinbürgerlichen, reformistischen Illusionen befangen, übertrug dem konterrevolutionären Rat der Volksbeauftragten die gesetzgebende und vollziehende Gewalt und beschloß die Durchführung von Wahlen zur bürgerlichen Nationalversammlung am 19. 1. 1919. Damit entschied sich der Kongreß in der Grundfrage der Revolution, der Frage der Macht, für den bürgerlichen Staat. In der Erkenntnis, daß die Schaffung einer revolutionären Kampfpartei zur dringendsten Aufgabe geworden war, gründeten die im Spartakusbund vereinigten konsequentesten Vertreter der revolutionären deutschen Arbeiterklasse die —\* *Kommunistische Partei Deutschlands* (Gründungsparteitag vom 30. 12. 1918-1. 1. 1919). Anfang Jan. 1919 hielt die Konterrevolution